

Michael Gerdes

- (A) nau an dieser Stelle bleiben wir immer wieder stecken, so bedauerlich ich das auch finde. Aber wir bleiben am Ball.

Herzlichen Dank und Glück auf! Ich wünsche Ihnen einen schönen 1. Mai.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist der Kollege Stephan Stracke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

Grüß Gott! – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die letzten knapp vier Jahre waren für die Rentenversicherung und für die Alterssicherung in Deutschland durchaus bewegte Zeiten. Wir haben als Große Koalition gemeinsam viel bewegt. Wir haben ein beachtliches Feld an rentenpolitischen Themen bearbeitet und eine Vielzahl von Reformen beschlossen, die den Menschen guttun. Diese Maßnahmen zielen alle darauf, die gesetzliche Rentenversicherung zu stärken und die Altersarmut in Deutschland vermeiden zu helfen.

Die Reformmaßnahmen waren vor allem von deutlichen Ausweitungen der Leistungen der Rentenversicherung für die Rentnerinnen und Rentner in diesem Land gekennzeichnet. Ich denke an das Rentenpaket, das wir gemeinsam beschlossen haben, insbesondere an die Mütterrente, die 9,5 Millionen Müttern und Vätern zugutekommt – mit bis zu 330 Euro pro Jahr und Kind –, ich denke an die Rente mit 63, an die Verbesserungen bei den Rehaleistungen und bei der Erwerbsminderungsrente. Im Bereich der Erwerbsminderung haben wir bereits 2014 Verbesserungen vorgenommen: Wir haben die Zurechnungszeit um zwei Jahre erweitert und die Bewertung der Zurechnungszeit dahin gehend verbessert, dass die Phase, in der man in der Regel schlechter verdient, weil man krank ist, nicht in dem Maße zählt und mitgerechnet wird.

- (B)

Jetzt gehen wir die Ost-West-Angleichung an. Wir haben beachtliche Rentensteigerungen erlebt. Allein in dieser Legislaturperiode ist die Rente im Westen um knapp 10 Prozent und im Osten um über 14,5 Prozent gestiegen. Das ist tatsächlich beachtlich.

All das war nur möglich, weil die Rentenversicherung finanziell gut und stabil dasteht. An diesen Sachverhalt gewöhnt man sich schnell, aber die Situation ist doch ziemlich einmalig. Wir haben so niedrige Beitragssätze wie seit Jahrzehnten nicht, zum Zweiten Spielraum für Leistungserweiterungen und zum Dritten stabile Finanzen. Das hat eine Ursache: Die Wirtschaft in unserem Land läuft gut. Wir haben vieles richtig gemacht. Wir haben nicht auf die vielen Einflüsterer gehört, die wollten, dass wir die Steuern erhöhen und die Menschen stärker belasten. Im Gegenteil: Wir haben die Menschen entlastet, wir haben die Flexirente beschlossen, und – das gehört auch dazu – wir haben den Mindestlohn eingeführt. All das führt zu einer guten Finanzsituation der Deutschen Rentenversicherung und dazu, dass wir so viele

- sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze haben wie seit langem nicht mehr. (C)

Die Reformmaßnahmen waren vor allem an zwei Zielen ausgerichtet: Erstens: gute Renten für die ältere Generation. Unser Leitbild dabei ist die Lebensstandardsicherung für die älteren Menschen, basierend auf mehreren Säulen der Alterssicherung.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das klappt aber nicht! Die Lebensstandardsicherung klappt mit euren drei Säulen doch nicht! Das muss man doch mal sagen!)

Das zweite Ziel ist die langfristige Finanzierbarkeit trotz alternder Gesellschaft. Diese nachhaltige Finanzierbarkeit ist die Bedingung für ein zukunftssicheres Alterssicherungssystem.

Dabei bildet die gesetzliche Rentenversicherung eine zentrale und stabile Säule. Aber wir brauchen als Ergänzung natürlich auch eine kapitalgedeckte Alterssicherung. Dies ist unverzichtbar.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Brauchen wir nicht! Machen Sie uns nichts vor!)

Deswegen arbeiten wir daran, die betriebliche Altersvorsorge zu verbessern und auch die Riester-Förderung in diesem Bereich besser auszugestalten. Manches, was die Versicherungswirtschaft in diesem Bereich gemacht hat, hat der Riester-Rente nicht gutgetan. Deswegen müssen wir dies korrigieren. Diese Aufgabe wird weit in die nächste Legislaturperiode hineinreichen. Andere Staaten haben uns vorgemacht, wie das geht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, bei den Erwerbsgeminderten besteht klarer Handlungsbedarf. Einer 40-jährigen Erzieherin zum Beispiel, die aufgrund von Depressionen krank und arbeitsunfähig wird, oder einem jungen Handwerker, der verunfallt und deswegen seiner Arbeit nicht mehr nachgehen kann, wird die Erwerbsminderungsrente aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zum Leben ausreichen. Deswegen muss die gesetzliche Rentenversicherung das Risiko der Erwerbsminderung ausreichend absichern. Das ist zum einen eine Frage der Akzeptanz der Rente mit 67, aber vor allem eine Frage der Gerechtigkeit gegenüber denjenigen, die nicht freiwillig aus dem Erwerbsleben ausgestiegen sind, sondern einfach krank wurden.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 4,50 Euro für den Jahrgang 1980!)

Wir nehmen es nicht hin, dass 15 Prozent derer, die erwerbsgemindert sind, auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Deswegen haben wir 2014 die Reform gemacht und die Zurechnungszeiten um zwei Jahre erhöht. Diese erhöhen wir jetzt noch einmal schrittweise um drei Jahre. 2014 wären wir bereit gewesen, noch mehr zu tun. Damals gab es allerdings keinen Spielraum. Jetzt haben wir ihn.

Die Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass sie, wenn die Arbeit körperlich hart ist, wenn sie psychisch belastet sind, wenn sie einfach Pech haben, weil sie krank werden, tatsächlich gut abgesichert sind. Darauf zielt die jetzt vorgelegte Reform ab. Es geht um

- (D)

Stephan Stracke

- (A) Gerechtigkeit gerade im Umgang mit Menschen, die die Solidarität der Gemeinschaft am meisten nötig haben. Das ist eine gute Reform und Ausdruck christlich-sozialer Politik.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich bedanke mich auch für den beispielhaften Nachweis, dass man gelegentlich sogar mit weniger als der eingeräumten Redezeit wesentliche Beiträge zu einer solchen Debatte leisten kann. – Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen damit zu den notwendigen Überweisungen. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 18/11926, 18/11923, 18/12087 und 18/10039 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Dazu stelle ich Einvernehmen fest. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen nun zu den Zusatzpunkten 7 und 8:

- ZP 7 Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Britta Haßelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grenzregionen vor Atomrisiken schützen – Export von Brennelementen stoppen

Drucksache 18/12093

- (B) ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Tschernobyl und Fukushima mahnen – Atomausstieg konsequent umsetzen

Drucksache 18/11743

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind auch hierfür 60 Minuten vorgesehen. – Widerspruch höre ich keinen. Dann können wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Landesminister Johannes Remmel, zugleich, wie ich vermute, für die Fraktion Die Grünen. – Bitte schön, Herr Remmel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Johannes Remmel, Minister (Nordrhein-Westfalen):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, es ist völlig richtig, heute, zwei Tage nach dem 31. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl, zu erinnern und zu mahnen. Ja, das unvergessli-

che Leid und die unglaublichen gesundheitlichen Folgen über Generationen hinweg in Tschernobyl und auch in Fukushima – mit Fukushima ist Nordrhein-Westfalen übrigens seit Jahren eng verbunden; diese Partnerschaft wird weiterentwickelt – sind ständige Mahnung und auch gleichzeitig Auftrag: Nie wieder und nirgendwo!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist auch gut und richtig, hier und jetzt an die große politische Einigkeit von Bundestag und Bundesrat in einer gemeinsamen Beschlussfassung zu erinnern, aus der Atomenergie in Deutschland auszusteigen und Atomkraftwerke abzuschalten. Das ist und bleibt historisch. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erinnerung an historische Leistungen oder Mahnungen werden dann zunehmend zu erstarrten Ritualen und schlussendlich auch hohl, wenn sie nicht immer wieder in der politischen Praxis konkrete Konsequenzen für das Jetzt und Heute und auch für das Übermorgen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hubertus Zdebel [DIE LINKE])

Diese Konsequenzen müssen dann auch gezogen werden. Eigentlich ist das doch so einfach – die Menschen draußen haben jedenfalls ein klares Gespür dafür, und das gilt parteiübergreifend –: Wer A sagt, muss auch B sagen, und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer – A – „Atomkraftwerke abschalten“ sagt, muss – B – auch in Belgien, bei unserem Nachbarn, das Gleiche fordern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Bei aller Achtung der nationalen Souveränität: Strahlung macht eben nicht an der Grenze halt. Da gibt es schlicht keine Obergrenze; sie ist einfach null. Es ist den Menschen nicht mehr zu erklären: das ständige An- und Abschalten, die vielen Pannen, die Risse in den Schrottreaktoren, die unterschiedlichen Sicherheitsstandards. Die Diskussion über die Mechanismen der Verteilung von Jodtabletten ist angesichts unserer Beschlusslage, aus der Atomenergie auszusteigen, schlicht schizophoren. Selbst die belgische Atomaufsicht hält die Betreiber für nicht zuverlässig.

Frau Bundesministerin Hendricks, es ist gut, dass Sie sich endlich aufgemacht haben,

(René Röspel [SPD]: Nicht „endlich“!)

um auch in Belgien dafür zu sorgen, dass die Lücke in Sachen nukleares Sicherheitsabkommen geschlossen wird; das ist nicht ausreichend, aber es ist ein wichtiger Schritt. Es ist auch richtig, dass sich die Sicherheitsexperten austauschen. Das gilt auch für die Erklärung bezüglich der Sicherheitslücken der belgischen Atomkraftwerke. Aber wo bleibt die Unterstützung unserer Aktivitäten gegenüber der Europäischen Kommission?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Hubertus Zdebel [DIE LINKE])

(C)

(D)